

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig:**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Einigung in England?

Berlin, 24. September. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Der Lokalanzeiger meldet aus Rotterdam: Aus London wird berichtet: Die Sitzung mit dem Arbeiterdreibund heute früh dauerte nur kurze Zeit. Die Bergarbeiter zeigten sich weit entgegenkommender als gestern und stimmten sofort einer Wiedereröffnung der Verhandlungen zu, die die übrigen Mitglieder des Dreibundes bewilligt hatten. Sie verließen die Versammlung, um mit dem Ministerpräsidenten zu konferieren. Das Ergebnis dieser Konferenz soll in einer heute nachmittag stattfindenden Sitzung des Dreibundes mitgeteilt werden. Man hofft, daß in erster Stunde eine Einigung erzielt werden kann.

London, 24. September. (Reuter.) Die Konferenz der Bergarbeiter-Delegierten hat beschlossen, dem Ersuchen Lloyd Georges stattzugeben und die Streikankündigung um eine Woche aufzuschieben.

Uneinigkeit unter den Bergarbeiterführern?

Nach einem Telegramm der Rhein-Westf. Ztg. soll Smilke der Führer der Bergarbeiter, erklärt haben, es sei ein offenes Geheimnis, daß unter den Führern des Grubenarbeiterverbandes große Meinungsverschiedenheiten herrschten. Es seien gemäßigtere Elemente darunter, welche der Meinung seien, daß, wenn man es zu einem Streik kommen lasse, dieser den Grubenarbeitern als eine unredliche Lösung der Streitfrage ausgelegt würde und die Grubenarbeiter in den Augen der Massen in eine schiefe Lage stellen würde. — Weiter wird über die stattgefundenen Verhandlungen gesagt: Es machte sich eine klar abgegrenzte Friedenspartei bemerkbar. Nach einer Schärfe Auseinandersetzung trennten sich die Gruppen der Delegierten nach den Distrikten, die sie vertreten und verhandeln so weiter. Es wird wahrscheinlich beschlossen werden, die Arbeiter selbst endgültig entscheiden zu lassen.

Reichsregierung und Ernährungswirtschaft.

Berlin, 24. September. Bei der Beratung des Wirtschaftsausschusses des Reichskabinetts erklärte der Ernährungsminister, die öffentliche Bewirtschaftung bleibe unbedingt bestehen für Getreide, Milch und Zucker. Auf anderen Gebieten müsse die Regierung tatkräftig eingreifen, sobald sich Nöthstände in der Versorgung mit Lebensmitteln ergeben. Hierbei müßten Handel, Erzeuger und Verbraucher die Regierung unterstützen und wucherische Ausbeutung und Zurückhaltung von Lebensmitteln verhindern helfen. Reservieren von Lebensmitteln sollten etwaige Störungen in der Versorgung beseitigen und erforderlichenfalls preislenkend wirken. Die Brotversorgung wird bei dem sehr ungünstigen Ausfall der Roggenernte große Schwierigkeiten bereiten; zu ihrer Sicherung bedarf es auch einer sehr erheblichen Einfuhr von ausländischem Brotgetreide. Als Hausbrotmehl soll eine Wochenmenge von 125 Gramm gering ausgemahlene Auslandsweizen ausgegeben werden. — Der Wirtschaftsausschuß nahm den Bericht zur Kenntnis. Nach seiner Ansicht kann die deutsche Ernährung nur unter nachhaltiger Mitwirkung der aktiveren und assoziierten Mächte durchgeführt werden. Im einzelnen beschloß der Ausschuß, vom 15. November ab die Einfuhr von Salzheringen dem freien Handel zu überlassen.

Ein Arbeitszwangs-gesetz in Aussicht?

II. Berlin, 24. September. Wie das Berliner Tageblatt erzählt, beschäftigt sich das Reichswirtschaftsministerium gegenwärtig im Zusammenhang mit der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit dem Gedanken der Einführung einer allgemeinen Arbeitobspflicht. Man hält eine solche Arbeitobspflicht nicht nur aus erzieherischen Gründen für notwendig, sondern man glaubt auch, daß man auf diesem Wege eher den Anforderungen der Reproduktion gerecht werden kann. Mit einem Gesetzentwurf über die Frage hat sich das Reichskabinett jedenfalls aber noch nicht beschäftigt.

Zu dieser Nachricht meldet Wolffs Bureau folgendes: Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, handelt es sich bei der Meldung, daß im Reichswirtschaftsministerium der Plan erwogen werde, ein wirtschaftliches Dienstjahr einzuführen, um eine rein persönliche Unterredung des Reichswirtschaftsministers mit einem Herrn der Presse. Der Reichswirtschaftsminister hat dabei geäußert, daß er persönlich den Gedanken eines wirtschaftlichen Dienstjahres, wie es in Ungarn bereits durchgeführt sei, für sehr erwägenswert halte, daß aber das Kabinett und die Gesamtregierung in keiner Weise damit befaßt wurden.

Eröffnung der Brüsseler Finanzkonferenz.

Brüssel, 24. Sept. In der Kammer wurde heute nachmittags die Finanzkonferenz eröffnet. Die Begrüßungsrede hielt der ehemalige schweizerische Bundespräsident Ador. Er bezeichnete es als das vornehmste Ziel der Konferenz, Grundlagen für den Wiederaufbau der wirtschaftlichen Arbeiten zu finden. Ador bekannte sich zum Freihandel, kraft dessen die nationalen Schranken für Handel und Wandel beseitigt werden müßten. Die Konferenz wird morgen vormittag über die finanzielle und wirtschaftliche Lage von Dänemark, Holland, Norwegen, Spanien, Schweden und der Schweiz beraten, am Nachmittag über die anderer kleiner Staaten, wie Finnland und Polen.

Die „ehrlich=revolutionären“

Alle ehrlich=revolutionären Glieder unserer Partei müssen geschlossen stehen hinter der Parole: Hinein in die 3., in die Kommunistische Internationale! Also schließt ein Flugblatt, das, unterzeichnet von Däumig und Stoeder, jetzt unter den Genossen verbreitet wird. (Nebenbei — wer behält diese und die anderen Flugblätter jener Seite? Wer behält den Aufenthalt von Agitatoren, wie Viktor Stern in Dresden und Leipzig und anderen Orten? Genosse Burke hat in der Parteileitung die Antwort auf diese Frage energisch abgelehnt. Lediglich gegen die Vermutung, daß die deutsche kommunistische Partei, die mit den Moskauer Rubeln gespeist wird, die Kosten dieser Agitation trägt, hat er sich mit Entrüstung gewandt, aber jede positive Angabe entschieden verweigert! Was bezeichnend genug ist!)

Die sogenannte Linke nimmt also für sich in Anspruch, ehrlich revolutionär zu sein und erlaubt sich, den Genossen von der sogenannten Rechten die ehrliche revolutionäre Gesinnung abzusprechen. Wir könnten antworten, daß es in den Reihen der sogenannten Linken verschiedene Heiden gibt, die ihre revolutionäre Gesinnung und Tatbereitschaft bisher in gefährlichen Situationen durch — Ausreißer befunden haben und es in solchen Tagen den angeblich nicht revolutionären „Rechtsen“ überlassen, in die Bresche zu springen, Gefahr und Verantwortung zu tragen und die Unpopulartät zu riskieren. Wir wollen indes die Ausreißerei einiger ihrer Wortführer nicht der ganzen Richtung zur Last legen. Wenn wir sie hier erwähnen, so nur in der Notwehr gegen die infamen Angriffe der Däumig und Stoeder.

Diese Verdächtigung der sogenannten Rechten ist indes nur eine Stichprobe aus der skrupellosen, mit den unersfrockensten Unterstellungen und Verdächtigungen arbeitenden Agitation der Däumige und Stoederianer, unter denen der Zitatankläger Roenen einen besonderen Platz verdient. Ein Musterbeispiel dieser, mit allen, auch den unehrlichsten Mitteln arbeitenden Stimmungsmache der sogenannten Linken ist der Artikel Däumigs: „Die Diktatur der Diktaturgegner“, den wir in der Beilage wiedergeben. Und den Gipfel der Unwahrhaftigkeit, der zielbewußten Verdrehung der Wahrheit in ihr Gegenteil erreicht dieser Artikel in dem Absatz, den wir der Deutlichkeit halber noch einmal hierherheben wollen. Däumig sagt da:

Was sie (die sogenannten Rechten) erreichen wollen, das hat Geilpen auf der Reichskonferenz bereits deutlich genug ausgesprochen, indem er ausführte:

„Wir kämpfen nicht um die Mehrheit, sondern wir kämpfen um die Seele der Arbeiter.“ Was das bedeutet, das wird sehr ganz klar. Die rechten Führer der Partei wollen sich nicht der Entscheidung der Parteitagmehrheit fügen. Die Spaltung der Partei, mit der sie auf dem Parteitag in Leipzig drohten, soll jetzt verwirklicht werden. Sie wissen, daß der Parteitag den Anschluß an die 3. Internationale beschließen wird und daß damit ihr entscheidender Einfluß in der USPD zu Ende sein wird. Da sie aber heute noch ebenso grundsätzliche Gegner des Anschlusses an die 3. Internationale sind wie auf dem Parteitag zu Leipzig, so wollen sie für diesen Fall die Partei verlassen.

Das wagt derselbe Däumig zu schreiben, der auf der Reichskonferenz erklärte, daß er nicht in der Partei bleiben werde, wenn sie nicht den Anschluß an die Kommunistische Internationale beschließen würde. Der also offen mit der Parteispaltung drohte für den Fall, daß seine Richtung nicht die Mehrheit erhält; der in Leipzig erklärte, daß er die Verschärfung der Moskauer Bedingungen begrüße, — die Verschärfung, die auf die Forderung des Hinauswurfes der rechten Führer, d. h. auf die Spaltung hinausläuft. Derselbe Däumig, der, wie unser Frankfurter Parteiblatt, das Volksrecht, berichtet, sich in der Parteiverammlung der Genossen von Frankfurt a. M. vom 22. September offen für die Spaltung der Partei erklärte! Das wagt Däumig aus einem Satz Crispiums zu machen, der für jeden Unvoreingenommenen lediglich besagt, daß die Gegner der Moskauer Bedingungen für ihre Anschauungen, für ihre Ueberzeugung kämpfen, ohne Rücksicht auf die Folgen für sie, ohne Rücksicht darauf, ob sie die Mehrheit der Partei für sich gewinnen können. Man muß schon verdrehen wollen, wenn man diesen klaren Sinn nicht erkennen will.

Dieser Verdrehung schließt sich würdig an die Unwahrheit, daß die Gegner der Moskauer Bedingungen „heute noch ebenso grundsätzliche Gegner des Anschlusses an die dritte Internationale sind wie auf dem Parteitag in Leipzig.“ Die sogenannte Rechte ist, wie jeder weiß, der ihre Haltung verfolgt, nicht Gegner des Anschlusses an die Kommunistische Internationale, sondern lediglich Gegner der unannehmbaren Bedingungen Moskaus, und auf dem Parteitag in Leipzig handelte es sich bei dem ganzen Kampf nur darum, ob man bedingungslos den Anschluß erklären, oder ob man ihn von Verhandlungen abhängig machte, die auf Grund des Aktionsprogramms der Partei geführt werden sollten.

Welche Heuchelei liegt aber darin, den Gegnern der Moskauer Bedingungen die Wästel der Spaltung vorzuwerfen,

wenn man sie überhaupt in der Partei nicht haben will! Selbst wenn die sogenannte Rechte für den Fall, daß sie auf dem Parteitag zu Halle unterliegen sollte, sich nach demokratischer Ueberlieferung dem von ihr als verderblich erachteten Beschluß fügt — Däumig und seine Richtung haben bereits erklärt, daß sie es im entgegengekehrten Falle nicht tun werden —, wird sie in der Ausführung der Moskauer Bedingungen alsbald hinausgeworfen werden; denn der Punkt 21 der Bedingungen besagt bekanntlich ausdrücklich:

Dieserjenige Parteiangehörigen, die die von der Kommunistischen Internationale aufgestellten Bedingungen und Leitfäden grundsätzlich ablehnen, sind aus der Partei auszuschließen.

Dasselbe gilt namentlich von Delegierten zum Außerordentlichen Parteitag.

Es werden also nicht nur die „rechten Führer“, sondern überhaupt alle Parteigenossen, die sich gegen die Moskauer Bedingungen erklären, ausgeschlossen — Mitgliedschaften, die sich hinter die „rechten Führer“ stellen, fliegen ebenso wie Einzelmitglieder. Das nennt Däumig vielleicht Reinigung. Wir geben diesem Verfahren den ehrlicheren Namen Spaltung. Freilich steht in dem Punkt 21 das Wort grundsätzlich, auf das sich die sogenannte Linke gern beruft, wenn sie den Parteigenossen die Konsequenzen der Bedingungen zu verschleiern sucht. Dieses Schönheitspfasterchen hat natürlich gar nichts zu bedeuten. Wie einfach die sogenannte Linke, wo es ihr paßt, grundsätzliche Ablehnung konstruieren wird, das zeigt ja mit bankenswerter Deutlichkeit die eben zitierte Stelle aus dem Däumigschen Artikel. Im Handumdrehen macht er aus den Gegnern des bedingungslosen Anschlusses an die Kommunistische Internationale auf dem Leipziger Parteitag grundsätzliche Gegner des Anschlusses überhaupt. So wird auch nach dem Parteitag in Halle verfahren werden.

Es wird einen großen Massen-Ausschluß geben, geben müssen, weil Moskau anders nicht zufriedenstellen, weil ohne das die Aufnahme in die Kommunistische Internationale nicht zu haben ist.

Von derselben Ehrlichkeit wie dieser hier gekennzeichnete Absatz des Däumigartikels ist sein eigentlicher Inhalt und der des Aufzuges. Däumig und seine Genossen zetern über den „Ueberrumpelungsparteitag“ und behaupten, daß die „Rechte“ ihn will, weil sie die sachlichen Ausführungen fürchtet, weil sie hofft, „durch die jetzt natürlich in aller Ueberstürzung vorzunehmende Delegiertenwahl für sich vielleicht doch noch eine Mehrheit gewinnen zu können“. Diesen demagogischen Trick machen die klaren Tatsachen zu schanden. Am 26. August hat die Parteipresse die Moskauer Bedingungen veröffentlicht. Am 1. September trat die Reichskonferenz zusammen, in der der Bericht der Moskauer Delegation gegeben wurde. Und am 12. Oktober soll der Parteitag stattfinden. Es sind also über 6 Wochen Frist zwischen dem Bekanntwerden des Moskauer Diktates und dem Zusammenritt des Parteitages. Nehmen wir an, daß die Delegiertenwahlen eine Woche vor dem Parteitag erledigt sein müssen, so bleiben für die Diskussion immer noch fünf und eine halbe Woche. Daß in dieser Zeit die Aufklärung nicht bis in den letzten Parteibeitrag getragen werden könnte, glaubt kein vernünftiger Mensch, und in der Tat sehen wir ja auch, daß in einer Anzahl von Parteiorsten und -bezirken bereits die Beschlüsse gefaßt sind, daß sie in den anderen lange vor dem 6. Oktober, d. h. vor dem Anbruch der letzten Woche vor Beginn des Parteitages, gefaßt sein werden. Gerade die Vertreter der sogenannten Linken, die über die angebliche Ueberrumpelung klagen, sind durchaus nicht für eine ausgedehnte Diskussion eingenommen. Im Volksblatt für Halle macht der Genosse Will Rösler darauf aufmerksam, daß der Genosse Scholem, der in einem Artikel in die Vorwürfe Däumigs gegen das Zentralkomitee eingestimmt hat, zwei Tage zuvor in einer Versammlung zehn Minuten Redezeit beantragt und damit begründet hat, daß unbedingt am selben Abend ein Beschluß herbeigeführt werden müsse!

Der Beschluß des Zentralkomitees, den Genosse Däumig eine auffällige Maßnahme nennt, erklärt sich sehr einfach durch die politische Situation. Das Proletariat kann jeden Augenblick zu einer entscheidenden Aktion gezwungen sein, und die Unabhängige Sozialdemokratie ist, solange diese Diskussion dauert, solange die Entscheidung des Parteitages aussteht, einfach zum Handeln unfähig, weil sie alle Kraft in diesem inneren Kampf vergeudet. Es liegt wie ein Alb auf allen Parteigenossen, jeder sehnt die Entscheidung herbei. Und wenn wir auch nicht so großen Wert auf den Parlamentarismus legen, daß wir deshalb nicht einen Parteitag während der Tagung des Reichstages abhalten könnten, so liegt es doch auf der Hand, daß die Fraktion einfach arbeitsunfähig sein muß, zum Gespött der Gegner werden wird, wenn sie eine in sich völlig zerrissene, vielleicht vor der Spaltung stehende Partei hinter sich hätte. Schon damit klare Verhältnisse für die Arbeit der Parlamentsfraktion geschaffen werden, ist die Tagung des Partei-